

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Carmela Negrete
18.07.2019

Spanien in Endlosschleife

Bildung eines Regierungsbündnisses zwischen PSOE und Unidas Podemos gescheitert.

Neuwahlen wieder wahrscheinlich



Sergio Perez/REUTERS

Könnte bald wieder im Wahlkampf stehen: Spaniens amtierender Premierminister Pedro Sánchez von der PSOE

In Spanien ist das Sommerloch dank der Sozialdemokraten beendet. Eine Woche vor der für kommenden Dienstag geplanten Parlamentsabstimmung über eine neue Regierung hat der amtierende Regierungspräsident Pedro Sánchez (PSOE) endgültig entschieden, keine Koalitionsregierung mit dem Linksbündnis »Unidas Podemos« (UP) zu bilden – und so praktisch den Wahlkampf eingeleitet. Im Radiosender *Cadena Ser* bezeichnete der Sozialistenchef das Verhalten von UP am Montag als »eine große Maskerade«. Das

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Linksbündnis wolle um jeden Preis eigene Vertreter innerhalb der Regierung. Dabei betonte Sánchez, trotz »einiger Gemeinsamkeiten im sozialen Bereich« existierten auch »erhebliche Differenzen« zwischen den möglichen Koalitionspartnern. Dabei entscheidend sei die »Katalonienfrage«. Währenddessen reagierte Unidas Podemos gelassen auf die Ankündigung von Sánchez. Pablo Equenique, Sekretär der Organisation, erklärte bei *Cadena Ser*, man sei weiter »bereit, über ein seriöses Regierungsangebot zu verhandeln«.

Den Abbruch der Verhandlungen mit dem Linksbündnis begründete der noch amtierende Regierungschef mit einer von UP anberaumten Mitgliederbefragung über die Positionierung des Bündnisses bei der anstehenden Parlamentsabstimmung. Dabei soll die Basis darüber entscheiden, ob sich die UP-Abgeordneten für eine Koalition mit der PSOE oder für eine »Kooperationsregierung« einsetzen sollen. Die Befragung sorgte nicht nur in der PSOE für Empörung. Auch die UP-Chefin in Andalusien, Teresa Rodríguez, bezeichnete sie auf Twitter als einen »Affront gegen die Intelligenz«. Rodríguez ist wie ein erheblicher Teil der Podemos-Mitglieder und -Wähler nicht mit einer Koalitionsregierung einverstanden.

Nun bemüht sich Sánchez darum, dass sich die Rechtspartei »Partido Popular« (PP), die neoliberalen »Ciudadanos« und die faschistische »Vox« bei der anstehenden Abstimmung der Stimme enthalten. Das würde ihm eine Minderheitsregierung ermöglichen. Die im Parlament vertretenen Parteien sind jedoch nicht die einzigen Kräfte in einem politischen Zirkus, der bereits seit 2015 anhält. Drei Mal wurde in den letzten vier Jahren gewählt, eine Regierung wurde durch ein Misstrauensvotum zu Fall gebracht. Auch nicht gewählte Organisationen wie der spanische Unternehmerverband CEOE wollen mitmischen. Am Montag bezeichnete dessen Präsident Antonio Garamendi das Programm von Unidas Podemos im Onlineportal *eldiario.es* als einen »Rückschritt für die Wirtschaft«. Es sieht unter anderem vor, einen sogenannten Klimanotstand auszurufen und schnelle Maßnahmen dagegen zu beschließen. Schon am 4. Juli hatte sich Garamendi auf der Generalversammlung des Verbands für Neuwahlen im November ausgesprochen, da es »vielleicht besser wäre, bis November zu warten und dann ein ruhigeres und stabileres Land zu haben, als kurzfristig ein instabiles.«

Sánchez hatte die Parlamentswahlen im April mit einem überraschend guten Ergebnis für seine sozialdemokratische PSOE gewinnen können, indem er sich als linke Figur inszenierte und einen Wahlkampf gegen »die Rechte« geführt hatte. Vor der Wahl hatten

seine Partei und Unidas Podemos einen Haushaltsentwurf erarbeitet, der allerdings im Parlament an der Ablehnung der Regionalparteien scheiterte. Obwohl das schließlich das Ende der Regierung bedeutete, wurde der Entwurf für Sánchez zur besten Wahlwerbung: ein Sozialdemokrat, der eine linke Politik betreiben will.

Eine Woche vor der für den 23. Juli geplanten Abstimmung über eine neue Regierung hat es Sánchez jedoch nicht geschafft, die nötige Unterstützung zu sammeln. Auch eine Enthaltung der Rechten ist unwahrscheinlich. Neuwahlen dagegen würden der PSOE zugute kommen: Umfragen deuten an, dass die Sozialdemokraten sogar 40 Prozent der Stimmen auf sich vereinen könnten. Unidas Podemos dagegen könnte sogar noch unter das schlechte Ergebnis der letzten Wahl fallen. Zudem spekuliert die spanische Presse über eine Spaltung des Linksbündnisses rund um dessen Mitbegründer Íñigo Errejón. Dieser war bereits Anfang des Jahres in Madrid zu einer lokalen Wahlplattform gewechselt. Eine solche Aufsplitterung würde die spanische Linke zusätzlich schwächen.